

Entschieden haben die Beiratsmitglieder die Absicht des Bundeskanzleramtes abgelehnt, die Zweckmäßigkeit der finanziellen Unterstützungen zu evaluieren, die die Regierung den einzelnen Vereinen, Einrichtungen so wie den Organisationen der Minderheit zuerkennt.

**Sitzung des Beirates über die Aufteilung der Finanzen für das Jahr 2016
Sollten die Beamten über den Sinn der Unterstützungen entscheiden?**

(aus Novice, Klagenfurt, Nr. 10, S. 2; 11. 3. 2016) (Auszugsweise Übersetzung; A.d.Ü.)

(...)Der Beschluss über den Haushaltsvoranschlag für das Bundeskanzleramt in der gesamten Höhe von 1.161.700.- Euro haben die Mitglieder des Beirates einstimmig beschlossen, einstimmig haben sie aber auch wieder einmal die Erhöhung der Voranschlagsmittel für die slowenische Volksgruppe auf der Grundlage des Indexes (ausgehend vom Jahr 1995) gefordert, was bedeuten würde, betont Nanti Olip im Gespräch mit den Novice, „um 40% mehr Subvention als die jetzige.“

Entschieden haben die Beiratsmitglieder die Absicht des Bundeskanzleramtes abgelehnt, die Zweckmäßigkeit der finanziellen Unterstützungen zu evaluieren, die die Regierung den einzelnen Vereinen, Einrichtungen so wie den Organisationen der Minderheit zuerkennt. Olip: „Die Beamten haben überhaupt keinen emotionalen Bezug zur Tätigkeit unserer Vereine. Wie sollten sie daher die Zweckmäßigkeit der Subventionen feststellen? Unter dem Strich würde das nur eine weitere Schikane bei der Abrechnung der Subventionen bedeuten. Deshalb haben wir Angehörigen der Minderheitenkurie einhellig den Standpunkt eingenommen: Eine Evaluation ohne Mitarbeit der Minderheitenvertreter ist nicht sinnvoll.“ (...)

Janko Kulmesch